

Gerhard Wanner

Flüchtlinge und Grenzverhältnisse in Vorarlberg 1938 - 1944

Einreise- und Transitland Schweiz

Unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938 kam es zu einer Auswanderungsbewegung aus Österreich, um der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Terror zu entgehen. Dabei handelte es sich um politische Vertreter und Gesinnungsfreunde des ehemaligen autoritären österreichischen Ständestaates, um Geistliche und vor allem um begüterte Juden, die ihr kommendes schreckliches Schicksal erahnten und die materiellen Mittel für eine Ausreise besaßen. In den ersten Wochen nach dem "Anschluß" reisten über 3000 Österreicher, hauptsächlich aus dem Osten des Landes, legal in der Schweiz ein. Sie waren meist mit der Eisenbahn über Vorarlberg dorthin gelangt. Daß man die Schweiz wählte, dafür gab es besonders einen Grund: Die Staaten Tschechoslowakei und Ungarn hatten Inhabern (noch) österreichischer Pässe die Einreise verwehrt, die Schweiz dagegen gestattete diese vorerst. Von dort führte der Weg der meisten nach Frankreich, England und nach Übersee. Die Auswanderung glich jedoch mehr einer Flucht als einer Ausreise. (Ludwig, 75. Moser, 188) Damals flüchtete auch ein Teil der wenigen Vorarlberger Juden in die Schweiz. (Dreier, 214) Nach der Einführung der Schweizer Visumpflicht für ehemalige österreichische Staatsbürger am 1. April 1938 hörte in den folgenden zwei Monaten die legale Ausreisetätigkeit aus Österreich fast völlig auf. (Keller, 18)

Im Juli 1938 setzte eine zweite Massenflucht aus Österreich ein. Im Verlauf des Frühlings hatten Gestapo und SS eine spezielle Auswanderungsstrategie entwickelt: Sie gingen dazu über, die österreichischen Juden zum Verlassen des Staatsgebietes zu bewegen, aufzufordern oder gar zu zwingen. Schikanen, Drohungen und KZ-Verschickungen sollten dazu beitragen. Außerdem trat ein Dekret in Kraft, das Juden die Arbeit in Handel und Industrie untersagte. Die Mehrheit der "Nicht-Arier" besaß daher keine Lebensgrundlage mehr und war nun zur Ausreise bereit. Ausländische jüdische Organisationen, die Vereinigten Staaten und schließlich auch Großbritannien reagierten darauf mit einer liberalen Einwanderungspolitik, wodurch bis zum Jahr 1941 rund 130.000 Juden mit Bewilligung des Reichssicherheitshauptamtes aus Österreich auswandern konnten und Asyl erhielten. (Moser, 190-193) Allerdings durften nur jene über die Grenze, die ihr gesamtes Vermögen abgeliefert hatten. (Rosenkranz, 24)

Rund 10.000 österreichischen Juden gelang der Übertritt in die Schweiz, wo sich bei Kriegsbeginn aber nur noch 7.100 aufhielten. Was die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz betraf, gibt es aus dem Jahr 1941 eine verlässliche Statistik: Die 10.279 Schweizer Juden und die 9.150, seit 1938 eingewanderten Juden machten lediglich 4,6 ‰ der Schweizer Bevölkerung aus. Von einer "Überfremdung" oder gar "Verjudung" der Schweiz, wie sie die Bundesregierung stets befürchtete, konnte somit keine Rede sein. (Ludwig, 60. Häslar 27 f)

Juden sind unerwünscht

Von Anfang an hatten die Schweizer Bundesbehörden den Kantonen "äußerste Zurückhaltung" bei der Aufnahme von Flüchtlingen und bei der Vergabe von Einreisevisen verordnet. Außerdem sah sich die Schweiz nur als Transitland. Diese Einstellung war aber nicht etwa unter dem Druck der Besetzung Österreichs erfolgt, sondern ging bereits auf Weisungen aus dem Jahr 1933 zurück: Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement bestimmte schon damals, daß Flüchtlingen kein Daueraufenthalt, keine Arbeitsbewilligung und keine staatliche finanzielle Unterstützung zu gewähren sei. Außerdem sollten Juden nicht als politische Flüchtlinge betrachtet werden. (Horvath-Neyer, 244)

Dennoch erfolgte seit Ende Juli 1938 ein jüdischer Massenexodus aus Ostösterreich, vor allem aus Wien, über Vorarlberg in die Schweiz und nach Liechtenstein, meist illegal, zu Fuß, über die grüne Grenze und nicht mehr wie im März legal mit der Eisenbahn. Dabei halfen lokale SS-Behörden kräftig mit: Juden wurden vorerst in Wien für einige Wochen grundlos verhaftet, sodann mit der Eisenbahn nach Feldkirch und Hohenems abgeschoben. Sie mußten eine Erklärung unterschreiben, durch die sie sich

verpflichteten, nie mehr nach Deutschland (Österreich) zurückzukommen, andernfalls wurde ihnen mit der Einlieferung nach Dachau gedroht. (Köfler, 444-446) Dann wurden sie gezwungen, innerhalb von 24 Stunden die Grenze illegal zu überschreiten. (Keller, 30f)
Vorerst ließen die kantonalen St. Galler Grenzbehörden die meisten illegalen Emigranten passieren. Das änderte sich jedoch seit dem 19. August 1938: Der Schweizer Bundesrat sanktionierte nämlich die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement unter Heinrich Rothmund verfügte ausnahmslose Grenzsperrung für österreichische Juden ohne Visum und deren sofortige Rückschiebung ins Deutsche Reich (Vorarlberg). Dennoch erfolgten bis zum Ende des Jahres 1938 zahlreiche illegale Grenzübertritte.

Tausende Juden nach Vorarlberg

Statistische Zahlen über die illegalen Grenzübertritte, meist handelte es sich um mittellose, männliche Wiener Juden im Alter von 18-25 Jahren, gibt es nicht. (Küng, 127) Wir sind lediglich auf sporadische Hinweise angewiesen: Nach einem Bericht eines St. Galler Landjägers (Kantonspolizist) überschritten Ende Juli 1938 innerhalb von drei Nächten etwa 1.200 Flüchtlinge die Grenze bei Diepoldsau und St. Margrethen. (Hörschelmann, 102) Der Liechtensteiner Fluchthelfer Gebhard Lorenz berichtete, Ende Juni würden in Feldkirch 1000 jüdische Emigranten ankommen (Geiger, 441) Mitte August durchwateten bei Diepoldsau täglich 50 und mehr Juden den seichten Alten Rhein. Ende August betrug ihre Anzahl in der Schweiz ca 2.300. (Ludwig, 92)

Im Gegensatz zum "Einwanderungskanton" St. Gallen wagten die Flucht über das Vorarlberger Hochgebirge in den Kanton Graubünden bis Mitte August 1938 lediglich 173 illegale Flüchtlinge. (Keller, 49)

Die Fluchtbewegung setzte sich trotz verschärfter Schweizer Grenzschutz- und Einreiseverordnungen vom 19. August 1938, wenn auch nicht im selben Ausmaß fort: Im September kamen täglich von Altach und Hohenems bis zu 25 Juden über die Grenze. (Hörschelmann, 103) Im Oktober nahmen die illegalen Grenzübertritte rapide ab. Mitte November und im Dezember 1938 setzte eine neue Fluchtwelle ein, bei der mindestens 360 Personen illegal in den Kanton St. Gallen entkamen und vor allem nicht zurückgeschickt wurden. An die Grenze geführt wurden sie von Einheimischen. (Hauptzollamt Dornbirn. Keller, 111, 126) In den folgenden Jahren versuchten Juden aus anderen europäischen Ländern über Vorarlberg die Flucht in die Schweiz, doch wurden die meisten von ihnen aufgegriffen und in die Konzentrationslager abgeführt. (Burmeister, 180)

Beträchtlich scheint der Flüchtlingsstrom auch nach Liechtenstein gewesen zu sein: Er ging vor allem über die Feldkircher Ortsteile Tisis und Tosters und gelangte fallweise ins Haus der Liechtensteiner Witwe Ida Fehr, das unmittelbar an der Grenze im Liechtensteiner Ort Mauren lag. Sie gab an, in den Monaten zwischen August und Oktober "die Küche und Stube voll Juden gehabt" zu haben, und wenn die Flüchtlinge wieder weitergegangen seien, sei "es gerade gewesen wie eine Prozession". (Geiger, 443) Es werden an die zwei- bis dreitausend Österreicher, vor allem Juden gewesen sein, die im Jahr 1938 die Vorarlberger Grenzen illegal überschritten, in der Schweiz Zuflucht fanden, häufig im Transit auch wieder die Eidgenossenschaft verließen. (Hörschelmann, 106). Ab Kriegsbeginn ließen die deutschen Behörden die Auswanderung oder Flucht von Juden kaum mehr zu: Arbeitsfähige Männer wurden für die Rüstungsindustrie benötigt, andere wurden der "Endlösung" zugeführt. Jene österreichischen Juden, die dennoch den Weg über die Vorarlberger Grenze schafften, wurden von den Schweizer Grenzschutzorganen meist aufgegriffen und erbarmungslos nach Vorarlberg zurückgestellt, meist in den sicheren Tod der Konzentrationslager. Davon wußten die verantwortlichen Schweizer Politiker und Behörden, die Bundesregierung und vor allem der ausländerfeindlich eingestellte Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Dr. Heinrich Rothmund, bestens Bescheid. (Moser, 194 f. Häsler, 116 ff)

Schweizer Kenntnisse über Konzentrationslager und Holocaust

Gelang jedoch der Grenzübertritt nicht, aus welchen Gründen auch immer, bedeutete dies für die in Vorarlberg aufgegriffenen Juden die Einlieferung in Gefängnisse, in Konzentrationslager. An der Vorarlberger Grenze entschied sich somit für viele das Schicksal über Leben oder Tod! Und daß sich in Österreich die Konzentrationslager zu "füllen" begannen, das wußte die Ostschweizer Zeitung "Der

Rheintaler" bereits im März 1938 zu berichten. Als im Spätherbst 1938 der Flüchtlingsstrom durch die rigorosen Schweizer Grenzmaßnahmen und durch Rückstellungen über die Grenze stark zurückgegangen war, machte die st. gallische, sozialdemokratische Zeitung, die "Volksstimme", auf die schlimmen Konsequenzen aufmerksam: "...Das "Schwarze Korps" (Anm. SS) kündigt heute in einem Leitartikel eine Kette von neuen antisemitischen Maßnahmen an und als letztes Glied die Ermordung sämtlicher Juden in Deutschland, sofern das Ausland nicht ihren Abtransport und ihre Neuansiedlung übernimmt. Es wäre völlig verfehlt, diese Drohungen als einen bloßen Schreckschuß oder ein nicht ernst gemeintes Manöver aufzufassen. Im Laufe der letzten Jahre sind sämtliche Vorschläge des "Schwarzen Korps" zur Behandlung der Judenfrage...Punkt für Punkt verwirklicht worden." (Volksstimme, 24. November 1938)

Die "Volksstimme" veröffentlichte dann am 15. Feber 1939 einen authentischen Augenzeugenbericht aus dem KZ - Dachau. Außerdem protokollierte die St. Galler Kantonspolizei recht genau die Erlebnisse entlassener und emigrierter KZ-Häftlinge. (Küng, 124. Keller 97-103)

Was mit der jüdischen Bevölkerung geschah, welche ständigen Maßnahmen der Entrechtung vorgenommen wurden, wußte freilich auch die Vorarlberger Bevölkerung, denn das parteioffiziöse "Vorarlberger Tagblatt" und selbst das "Vorarlberger Oberland", der frühere "Feldkircher Anzeiger", berichteten stets ausführlich darüber. (Vorarlberger Oberland, 15.November 1938)

Das Schweizer Auffanglager Diepoldsau und die Flüchtlingshilfe

Um die seit Juli einströmenden jüdischen Flüchtlinge unterbringen zu können sie besaßen meist keine Mittel und Verwandte bzw. Bekannte in der Schweiz, bei denen sie Unterkunft fanden- wurde für sie in Diepoldsau-Widnau in einer leerstehenden Schifflistickerei ein Sammellager eingerichtet. Es vermochte bis zu 300 Personen zu fassen, stand unter der Kontrolle der St. Galler Kantonspolizei, wurde vom Schweizer Roten Kreuz betreut und von der Israelitischen Gemeinde St. Gallen finanziert. Die Schweizer Regierung sah sich nämlich nicht in der Lage bzw. war nicht willens, für die Unterhaltskosten der Flüchtlinge aufzukommen. Ähnliche Lager gab es auch in anderen Kantonen. (Ludwig, 83, 152)

Die Insassen unterlagen einer strengen Lagerordnung und der ständigen kantonalen Polizeikontrolle. Es war ihnen verboten, Arbeiten anzunehmen und mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Da das Lager jedoch keinen Zaun besaß und sich die Flüchtlinge tagsüber im Dorf frei bewegen durften, sah die Realität zumindest teilweise anders aus: Das Lager "sei ständig von der schweiz. Ortsbevölkerung umgeben, die sich mit den Flüchtlingen unterhalte und unter dem Eindruck des von ihnen Gehörten großes Mitgefühl zeige". (Keller, Zit. 59, 55-63)

Der korrekte Beamte Heinrich Rothmund

Während ein Großteil der St. Galler Grenzbevölkerung für die schreckliche Lage der Flüchtlinge Mitgefühl und Verständnis an den Tag legte und materielle Hilfe bot, zeigte sich das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und besonders der Chef der Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, freilich im Einvernehmen mit der Regierung, von einer anderen Seite. Es nötigte die jüdischen Schweizer Staatsbürger, für sämtliche Unterhaltskosten der Flüchtlinge aufzukommen. Rothmund drohte Ende 1938 gar damit, wenn das EJPD einmal "mit den fremden Emigranten fertig" sei, dann würden als nächstes "die schweizerischen Juden drankommen". (Keller, 118) Rothmund, der auch Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei war, war klarer Antisemit und ein Gefangener seiner Überfremdungsphobien: "Wir haben nicht seit zwanzig Jahren mit dem Mittel der Fremdenpolizei gegen die Zunahme der Überfremdung und ganz besonders gegen die Verjudung der Schweiz gekämpft, um uns heute die Emigranten aufzwingen zu lassen." (Zit. nach Keller, 111)

Der zweifellos korrekte Beamte sah sich selbst als "Beispiel eines guten Schweizers". Alfred Häsler beschreibt ihn in seiner kritischen Studie über die Schweizer Flüchtlingspolitik "Das Boot ist voll" als beflissenen und autoritären Beamten: "Strenge, fürsorgliche Obrigkeit und brave Untertanen, das etwa entsprach seinen Vorstellungen. Er sprach sich zwar für das Asylrecht aus, aber seine hartnäckigen Bemühungen, die todbedrohten Juden von unseren Grenzen fernzuhalten, damit das Land "sauber und gesund" und vor der Verjudung verschont bleibe, waren - auch in außerordentlicher Zeit und um den Preis unsäglichem Leiden - von kalter Entschlossenheit ... Echtes Mitleid schien ihm fremd zu sein ... Der falsche

Beamte am falschen Platz und zur falschen Zeit ... (Häsler, 116-121)

Scharfe Kontrollen im März 1938

Die ersten systematischen und strengen Grenzkontrollen erfolgten auf Vorarlberger Seite bereits am 11. März 1938, also noch vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich: So begannen als Eigeninitiative eifrige Nationalsozialisten, meist SA, "die sich nur durch Armbinden von normalen Rowdis unterschieden", die aus Wien kommenden "D-Züge" in die Schweiz, die Vorarlberger Grenzübergänge und deren Zufahrtsstraßen zu kontrollieren. In Bings bei Bludenz errichteten sie gar einen Schlagbaum, um die Arlbergstraße zu überwachen. (Pichler, 25. Vorarlberger Tagblatt, 18. 3. 1938) Am kommenden Tag erschienen aus Salzburg und Innsbruck 78 Probebedienstete der aufgelassenen Zollwachkurse zur Verstärkung der Liechtensteiner und Schweizer Grenze.

Am 12. März besetzte das deutsche Infanterie-Regiment 114 aus Konstanz die Landeshauptstadt Bregenz, dessen Einheiten am 16. März in Feldkirch einmarschierten. Mit dieser Truppe kamen auch drei Hundertschaften der Schutzpolizei- Abteilung unter Oberstleutnant Sacks aus München nach Vorarlberg. Sie wurden zum Grenzaufsichtsdienst herangezogen und sollten vor allem den Devisenschmuggel und die Flucht von Funktionären der ehemaligen "Vaterländischen Front" verhindern. (Schmidl, 206) Am 17. März erschienen in Feldkirch zusätzlich 52 reichsdeutsche Grenzaufsichtsbeamte, um die Neuorganisation des Grenzschutzwesens nach deutschem Vorbild durchzuführen. (Schönherr, 64) Am Bahnhof Feldkirch befand sich das entsprechende "Devisenfahndungsamt, Zweigstelle Wien, Außenstelle Feldkirch.

Die Kontrollen galten vor allem Systemgegnern und reichen Juden, die ihre Barmittel ins Ausland zu retten versuchten. Allein bis zum 16. März 1938 beschlagnahmten Beamte am Bahnhof Feldkirch 121.353,-Schilling, da bei Reisen in die Innerschweiz die Mitnahme von nur 25,- Franken erlaubt war. (Schönherr, 51. Vorarlberger Tagblatt 17. und 18. März 1938).

An den größeren Bahnhöfen, vor allem in Feldkirch, Hohenems und Bregenz, und an wichtigen Brückenübergängen, wo die meisten Auswanderungswilligen und später die Flüchtlinge eintrafen, machte von Anfang an die SS Kontroll- und Wachdienste. Die einheimischen Vorarlberger SS- Leute zeigten sich in ihren schwarzen Uniformen von ihrer übelsten und brutalsten Seite: Die am 13. März 1938 am Bahnhof Feldkirch angereisten Juden wurden mit "Saujud" angeschrien, ihnen wurden die Fingerringe abgezogen und den Frauen wurde der Schmuck heruntergerissen. (Götsch, 122)

Kontrollen bezüglich Devisen und Wertgegenständen von Juden erfolgten in den internationalen Zügen durch Vorarlberg bereits ab St. Anton in Tirol. Einigen Juden, wie Fritz Rosenberg, gelang mit gefälschtem Schweizer Paß und unter fremdem Namen der Transfer von Wertgegenständen und Geld. Andere wiederum kamen wegen "Vermögensverschleppung" in Feldkircher Haft. Adele Eisenschimls konfiszierter Schmuck im Wert von 12.000 Reichsmark wurde vom Landgericht Feldkirch als Wertpaket an die Städtische Pfandleihanstalt in Berlin übersandt und als Abgabe jüdischer Vermögenswerte verbucht. Wally Kulka, die ihre Schwester in Luzern besuchen wollte, wurde am 20. Mai 1938 in Feldkirch festgenommen. Man warf ihr verschiedenste "Verbrechen" vor, Devisenvergehen, Kapitalflucht usw. Sie endete schließlich 1942 in einem Vernichtungslager. (Burmeister, 181-186)

Deutsche Zollwache übernimmt den Grenzaufsichtsdienst

Noch Monate nach dem "Anschluß" blieb in Vorarlberg die österreichische Zollorganisation bestehen. Erst im Verlauf des Jahres wurden die Verhältnisse jenen des "Altreiches" angepaßt. Das führte zur Errichtung der beiden Hauptzollämter Feldkirch und Dornbirn, der Grenz- Bezirkskommissariate, von Zollämtern und Zollaufsichtsstellen. Mit Beginn des Jahres 1939 kam es zum Aufbau des sogenannten Verstärkten Grenz- Aufsichts- Dienstes, der mit Kriegsbeginn zum Einsatz kam.

Die Grenzschutzeinheiten des Zolls bestanden aus der Kerngruppe des "Planpersonals", das meist aus dem "Altreich" kam, und dem Ergänzungspersonal, bestehend aus einheimischen Männern. Sie wurden während des gesamten Krieges als "Higa" (Hilfsgrenzangestellte) bezeichnet, obwohl ihre offizielle Bezeichnung ab November 1940 "Hilfzollbetriebsassistent" lautete. Außerdem gab es "Spermannschaften", die für die Grenzbefestigungsmaßnahmen verantwortlich waren. 27 Mann bedienten im März 1939 außerdem drei Panzerabwehrkanonen an der Rheingrenze. (Hauptzollamt

Dornbirn)

Die Aufstellung der "Higa" machte in den Sommermonaten 1939 große Schwierigkeiten, da die Zollreservisten nicht erfaßt waren. Man warb daher vorerst Freiwillige. Ein weiteres Problem war, daß die "Higa-Leute" meist keine militärische Ausbildung besaßen und es anfänglich auch an ihrer Ausrüstung mangelte. Während des Krieges erfolgte ihre Ausbildung nach den Vorschriften des "verstärkten Einsatzes". Das bedeutete nicht nur umfassende Schießübungen, sondern auch Gelände-, Zugs- und Gefechtsausbildung und schließlich sogar Nahkampfschießen. Im Jahr 1942 zeigten sich wesentliche Schwächen der "Higa". Ein großer Teil wurde zur Wehrmacht eingezogen, übrig blieben meist Veteranen aus dem Ersten Weltkrieg.

Die "Higa" war nicht unbedingt verlässlich und kampfeinsatzfähig. Unter ihnen gab es Fluchthelfer, hohe Krankenstände und Verhaftungen wegen "staatsfeindlicher Äußerungen". Um ihre Verlässlichkeit zu sichern, mußten sie für die NSDAP "ehrenamtlich" tätig sein und hatten pausenlos bei Aufmärschen, Kundgebungen, bei Straßensammlungen und auch in der Landwirtschaft mitzuarbeiten. Die Truppenstärken waren im Grenzraum zwischen Meiningen und Höchst recht beachtlich, über den Hauptzollamtsbezirk Feldkirch fehlen die Angaben:

	1939	1941(Ende)	1942(Ende)	1943 (Ende)	1944 (Ende)
IPlanbeamte	175	64	61	58	57
II. "Higa" Reservisten	391	507	463	501	485
Ausrückstärke I		54		40	
Ausrückstärke II		393		425	

Zieht man das Jahr 1943 heran, stand auf der 56 km langen Rheingrenze vom Bodensee bis Meiningen mit den 13 Brücken im Durchschnitt alle 100 Meter eine Grenzwahe. (Hauptzollamt Dornbirn) 1942 waren an sämtlichen Landesgrenzen 709 Zollbeamte und 3221 Reservisten der "Higa" im Einsatz. (Dreier, 212)

Mit 1. September 1944 wurde der Zollgrenzschutz dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, unterstellt.

Das Zollamt Feldkirch-Bahnhof

Eine äußerst wichtige Rolle spielte das Zollamt am Bahnhof Feldkirch. Es war bis zum "Anschluß" lediglich Inlandszollamt. Seit 12. März 1938 hatte es die Devisenkontrolle der D- Zugreisenden nach Liechtenstein und in die Schweiz zu übernehmen. Mit der Einführung des Deutschen Zollgesetzes am 1. April 1939 begann ein neuer Abschnitt: In Feldkirch wurde die Eisenbahngrenzzollstelle für den gesamten Warenverkehr auf der Strecke Feldkirch-Schaan- Buchs eingerichtet.

Als der Krieg im September 1939 ausbrach, wurde das Zollamt in den "verstärkten Grenzaufsichtsdienst" einbezogen. Es ging um eine "möglichst hundertprozentige Grenzsicherung" des Waren- und Personenreiseverkehrs und um die Abwehr von Spionage, Sabotage, Propaganda und staatsfeindlicher Betätigung. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Bahnreisenden am Bahnhof Feldkirch einer Leibesvisitation unterzogen. Die Bahnanlagen wurden außerdem durch Polizei abgeriegelt. Der Grenznahverkehr mit Liechtenstein wurde dadurch "gesichert", daß der Grenzübergang nur für "bekannte und unverdächtige Personen" der beiderseitigen Grenzzonen mit den erforderlichen Ausweisen gestattet war. Zu diesem Zweck vereinbarte man ab dem 10. Oktober 1939 mit Liechtenstein und der Schweiz besondere Grenzkarten, die ab 15. März 1940 sogar mit "Begleitscheinen" versehen werden mußten. Grenzkarten benötigte man aber auch, um von Liechtenstein in die Schweiz zu gelangen: Für Liechtensteiner war die Farbe der Karte blau, für Ausländer in Liechtenstein gelb. (Ospelt, 42 f)

Spermaßnahmen bei Feldkirch zu Liechtenstein

Bis zum Kriegsausbruch im September 1939 bestand zwischen Feldkirch und Liechtenstein eine "offene", und daher schwer zu überwachende Grenze. Dies war auch der Grund, warum im Jahr 1938 Hunderte von Flüchtlingen die Reichsgrenze überschreiten konnten. Mit Kriegsbeginn 1939 änderte sich diese Situation. Ende August ging an die Zollwachbeamten die Weisung, die Grenze "unauffällig verschärft" zu kontrollieren und verdächtige Personen an der Ausreise zu hindern. (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.1, 47)

Die Grenzübergangsstellen wurden mit Barrikaden, wie Spanischen Reitern und Stacheldrahtrollen versehen.

Im Frühjahr 1940 begann man mit der Errichtung eines "Grenzzaunes" aus Stacheldraht. Er umfaßte eine Länge von 14 km und reichte vom Äpele über Tisis, Tosters und Nofels bis zum Rhein. Da der Zaun anfänglich nur 2 m hoch war, wurde er immer wieder überklettert. Man erhöhte ihn daher im Jahr 1942 um einen halben Meter, außerdem brachte man im Grenzvorfeld Stolperhindernisse aus Draht an. Das Resultat: "Dem jetzigen Grenzzaun ist es zweifellos zu verdanken, daß im Bezirk Feldkirch die Versuche, die grüne Grenze zu überschreiten, sicher selten gelungen sind." (Hauptzollamt Feldkirch, Bd. 3, 238 - 243)

Die Rheingrenze wird geschlossen

Auch an der Rheingrenze herrschten bis zum Ende des Jahres 1938 keine wesentlichen Grenzsicherungseinrichtungen. Der Maschenzaun am Alten Rhein bei Diepoldsau bot daher Tausenden von Juden die Möglichkeit zur Flucht in die Schweiz. Mit der zu erwartenden Kriegsgefahr mobilisierte die Schweiz ihre militärischen Einheiten am Rhein: Die Zollwache im Feldkircher Ortsteil Bangs am Rhein registrierte am 28. August 1939 am gegenüberliegenden Schweizer Zollamt 30 Mann Grenzschutztruppen, die Einlagerung von Kriegsmaterial in einem im Frühjahr gebauten Bunker, den Bau von Tankhindernissen, die Aufstellung von MG- Ständen und die Erneuerung von Brückensprengladungen. Die Schweizer befürchteten zweifellos einen Angriff auf ihr Territorium. (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.1, 91) In Vorarlberg reagierte man darauf mit der Errichtung von festen Sperrern bei allen Grenzübergängen. Als 1940 die Fluchtversuche von Kriegsgefangenen einsetzten, verbot man im Vorarlberger Rheinvorland die Anpflanzung von Hochgewächsen wie Mais, Stangenbohnen usw. Außerdem lichtete man Bäume und Sträucher.

Im April 1940 wurde die Personenkontrolle in Postautobussen eingeführt, die in der Nähe der Zollgrenze verkehrten. Dies geschah an Haltestellen, an den Rheinbrücken in Lustenau und Fußsach und selbst während der Fahrt. Man erhoffte sich damit, "verdächtige Personen" von der Grenze fernhalten zu können.

Seit Anfang September 1939 kam es auch auf dem Bodensee zu Einschränkungen des Schiffverkehrs. Der private Bootsverkehr wurde verboten. Fahren durften jedoch Berufsfischer und Baggerschiffe, die einen Sonderausweis erhielten. Gleichzeitig kam der Zollkreuzer "Wolf" zum Einsatz, der schon bald flüchtige französische Kriegsgefangene aufgriff. (Hauptzollamt Dornbirn, 6, 8, 10, 17)

Seit 1943 gab es auf dem Bodensee einige bewaffnete Schiffe, die vor allem Flak-Schießen zur Fliegerabwehr übten. Zu diesem Zweck verwendete die deutsche Kriegsmarine auch das ehemalige Motorschiff "Österreich". (Wanner, 54)

Im Bereich des Hauptzollamtes Dornbirn kam einigen Zollämtern eine erhöhte Bedeutung zu: St. Margrethen war ein sogenanntes vorgeschobenes Zollamt in der Schweiz, Bregenz und Dornbirn waren Inlandzollstellen. Für Bregenz kam es mit 1. April 1939 zu einer Änderung, weil das bisherige Zollamt Lindau- Stadt aufgelassen und zum Zollamt Bregenz verlagert wurde. Mit Kriegsbeginn erfolgte die sofortige Abfertigung der Personenzüge nicht mehr in St. Margrethen sondern am Bahnhof Lustenau, wo eine Zollzweigstelle des Zollamtes Bregenz errichtet wurde. (Hauptzollamt Dornbirn, 1, 5, 10)

Die neuen Grenzmaßnahmen betrafen auch die zahlreichen Grenzgänger. Es begann damit, daß sie mit roten Grenzdevisenheften ausgestattet wurden, um die Ablieferung "der anfallenden Devisen dem Reich zu sichern". Durch die Devisenbestimmungen nahm der Einkauf der Vorarlberger in der Schweiz sehr rasch ab, die von dort vor allem Brot, Mehl, frische Äpfel und Birnen bezogen. Im Laufe des Jahres 1940 wurde die Zahl der Grenzgänger zunehmend eingeschränkt. Dies hatte zur Folge, daß die von der Gestapo zu bewilligenden Zollgrenzschutzkarten im Falle "dringender Familienangelegenheiten" vermehrt beansprucht wurden. Eine Ausnahme von dieser Regelung stellten jene Schweizer Bauern dar, die in Vorarlberg landwirtschaftliche Güter bewirtschafteten. Um nicht einer eventuellen Spionage Vorschub zu leisten, wurde ab 1940 beurlaubten Schweizer Heeresangehörigen der Grenzübertritt verboten. (Hauptzollamt Dornbirn, 1, 2, 9, 21)

Mit 1. April 1939 trat das neue deutsche Zollgesetz in Kraft. Damit wurde Österreich in das deutsche Zollgebiet integriert. Das bedeutete die Auflassung der über ein Jahr bestehenden Zwischengrenze zwischen Vorarlberg und dem "Altreich". (Hauptzollamt Dornbirn, 6)

“Verbotzonen” im Hochgebirge

Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze betrug im Rätikon und in der Silvretta ca 100 km. Obwohl es in diesem gesamten Bereich keine amtliche Übergangsstelle gab, legte man seit 1939 auf eine Überwachung des Personenverkehrs großen Wert, der bislang von den in Alpenvereinslütten untergebrachten Zollbeamten durchgeführt worden war. Illegale Grenzüberschreitungen waren ab August 1939, nach der Einführung des “verstärkten Grenzaufsichtsdienstes”, kaum mehr möglich. Ziel war die “lückenlose Schließung” der Grenze. Diesem Zweck diente die am 14. März 1940 verordnete Sperrzone, die sich von der Staatsgrenze bis zum Illufer erstreckte. Der Aufenthalt in diesem Bereich war lediglich der ortsansässigen Bevölkerung gestattet. Da die Kontrollmaßnahmen jedoch nicht effektiv genug waren und man die Tätigkeit ausländischer bzw. schweizerischer Nachrichtendienste fürchtete, wurde eine wesentlich eingeschränkte Verbotzone geschaffen: Sie hatte eine Breite von lediglich 4 km längs der Grenze und beinhaltete keine Orte und bewohnten Gehöfte mehr. Das Betreten der Alpenvereinslütten durch Touristen wurde von nun an grundsätzlich verboten. Die Überwachung oblag ausschließlich dem Zollgrenzschutz. Zusätzlich wurden im Hochgebirge 19 “Höhenstützpunkte” und 22 “Postenlütten” errichtet, vier von ihnen lagen im Bezirkskommando-Bereich Gaschurn über 2.700 Meter. Sie waren während des gesamten Jahres besetzt. “Keiner entging der Aufmerksamkeit des Grenzlers und nur ganz vereinzelt gelang die Durchbrechung der Zone.” (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.3, 225 - 229)
Die dichterischen Wünsche eines Grenzschutzmannes erfüllten sich dagegen nicht:

“Hier in dieser Welt von Bergen
Halten wir treue Wacht.
Keine Macht auf Erden
Über Deutschlands Siege lacht.

Sechs Staaten liegen schon in Scherben,
England hält zur Zeit noch an.
Bald wird dem Krieg mit Sieg ein Ende werden
Dann, Deutschland, hast du freie Bahn.

Die Hütte, die wir bauen,
Soll bergen unsere Kameraden,
Bis die deutschen Brüder in den Schweizergauen
Die Fahne Adolf Hitlers tragen.”

Die Grenzabriegelung erfolgte aber nicht nur auf Vorarlberger Seite. Mit Kriegsausbruch wurde auch der Schweizer Grenzschutz in Graubünden aktiv. Unmittelbar an der Grenze wurden Unterkünfte errichtet, Kavemen aus dem Fels gesprengt und “MG-Nester” gebaut. Den deutschen Zollwachmannschaften fiel auf, daß die Schweizer teilweise “sehr dürrtig” ausgerüstet waren und hart mit dem Klima des einsetzenden Winters zu kämpfen hatten. “Diese vordersten Posten wurden nur alle 8 Tage abgelöst. Wir bedauerten die armen Kerle ehrlich, die in 2 bis 3000 Meter Höhe unrasiert und fern der Heimat kältestarr auf eisigen Hochgebirgsgraten herumlungern mußten und nicht wußten warum. Der Anfang November jäh einbrechende Winter brachte ihnen die heiß ersehnte endgültige Ablösung. Die Schweizer mußten die meisten ihrer vordersten Stellungen räumen.” (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.1, 93 f)

St. Galler Polizei und Schweizer Militär an der Grenze

An der schweizerisch-vorarlbergischen Grenze waren systematische Grenzkontrollen durch Schweizer Zollbehörden und ihr Grenzwachtkorps erst seit dem Ersten Weltkrieg erfolgt. Auf Grund der engen wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen und wegen des Kleinen Grenzverkehrs verzichtete man in der Folge bis 1938 auf Paßkontrollen, ja, zwischen einigen Dörfern beiderseits des Rheins verlief der Grenzverkehr überhaupt ohne amtliche Papiere. Auch nach dem “Anschluß” handhabten die Grenzwächter der Zollbehörde am Buchser Grenzbahnhof ihre Vorschriften nur mangelhaft, und dies selbst nach der Einführung der Schweizer Visumpflicht vom 1. April für österreichische Juden, wodurch solche Beamte freilich Hunderten von Juden das Leben retteten. (Keller, 17) Die erste Instanz waren

Grenzwächter, die mit den ankommenden Flüchtlingen konfrontiert wurden. Jene hatten die schwere und psychisch belastende Entscheidung zu treffen, ob jemand hereingelassen oder abgewiesen wurde. Bis zum August 1938 waren sie ermächtigt, wenigstens alten, gebrechlichen und kranken Verfolgten, schwangeren Frauen und Familien mit kleinen Kindern und unmittelbar in Deutschland von Lebensgefahr Bedrohten in der Schweiz Aufnahme zu gewähren und sie in Sammellager einzuweisen. (Hörschelmann, 87f)

Gefährdet sahen sich die Schweizer im März 1938 vorerst in militärischer Hinsicht: Bereits am 12. März 1938 wurden die Zollmannschaften durch Polizeieinheiten (Landjäger) mit Maschinengewehren und andernorts durch die nach Altstätten kommandierte, 200 Mann umfassende freiwillige Grenzschutzkompanie VIII aus Bülach verstärkt. Diese Einheiten überwachten im Jahr 1938 mit so geringem Erfolg die Grenze zu Vorarlberg, daß am 12. und 14. September zwei Kompanien wieder abgezogen wurden, die der Bund zur Ablösung der Zollwachmannschaften gesandt hatte. Der in den "Fall Grüninger" verwickelte sozialdemokratische St. Galler Regierungsrat Valentin Keel berichtet: "Eine effektive Schließung der Grenze war bei der beidseitig des Rheines betriebenen Emigrantenschlepperei praktisch nahezu unmöglich." (Keller, 71)

Erst zu Beginn des Jahres 1939 griff die Schweiz zu scharfen Grenzsperr- und Überwachungsmaßnahmen: Als Folge der Mobilmachung der Grenztruppen vom 28. August 1939 kamen die militärischen Einheiten der 8. Grenzbrigade, bestehend aus zwei Regimentern und zwei motorisierten Kompanien zum Einsatz. Dazu stießen das Gebirgsschützenbataillon 12 und aus dem unmittelbaren Grenzgebiet rekrutierte "Ersteinsatztruppen", die sogenannten Alarmdetachements. Ein erfolgreiches illegales Überschreiten der vorarlbergischschweizerischen Grenze war daher seit 1939 nur noch in Ausnahmefällen möglich. (Küng, 158, 168f) Im Jahr 1940 führten die Schweizer sogar tägliche Grenzüberwachungsflüge durch, mit Maschinen, die als Eigenkonstruktion in den Flug- und Fahrzeugwerken Altenrhein (SG) hergestellt worden waren. (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.2, 36. Küng, 73)

Liechtensteiner Polizei als Verstärkung

Abweichend davon war die Situation an der Liechtensteiner Grenze: Nachdem am 1. Jänner 1924 der liechtensteinisch-schweizerische Zollvertrag in Kraft getreten war, wurden die Liechtensteiner Grenzwächter gekündigt und durch Organe der schweizerischen Zollverwaltung ersetzt. (Seger, 50) Diese Regelung bewährte sich während zehn Jahren. Eine prekäre Lage trat erstmals im Jahr 1934 ein, als in Vorarlberg, wie auch in den anderen Bundesländern, der NSTerror einsetzte und im Juli eine Machtübernahme in Österreich durch die Nationalsozialisten erwartet wurde. Liechtenstein fürchtete ebenfalls um seine Integrität und Souveränität. Die Regierung wandte sich deshalb an den Schweizer Bundesrat um die Verstärkung der Schweizer Grenzschutz in Liechtenstein. Man kam diesem Ansuchen entgegen, traf jedoch folgende Vereinbarung: Das gewaltsame Eindringen von Personen zur Anstiftung von Unruhen und zur "Menschenentführung" sollte in erster Linie durch die liechtensteinische Polizei unterbunden werden. Auf Ansuchen konnte die Schweizer Grenzschutz unterstützend mitwirken. Immerhin befanden sich Ende Jänner 1934 anstelle der bisher 45 hundert Grenzwächter in Liechtenstein.

Am 11. März 1938 wandte sich die liechtensteinische Regierung an Schweizer Behörden, diesmal mit der Bitte um die Entsendung von Schweizer Militär an die vorarlbergisch-liechtensteinische Grenze. Die Schweiz lehnte jedoch rundweg ab, da sie aus Rücksicht vor allem gegenüber Deutschland keine Verletzung ihrer Neutralitätsbefugnisse riskieren wollte. Liechtenstein war nämlich nicht in die schweizerische Neutralität einbezogen, und es bestand auch kein militärisches Besetzungsrecht. Immerhin wurden sämtliche fünf schweizerischliechtensteinische Rheinbrücken von bewaffneten St. Galler Kantonspolizisten bewacht. (Geiger, 38f, 115f, 275)

Da auch Liechtenstein vom starken Flüchtlingsstrom betroffen wurde, setzte man zur Grenzkontrolle und -überwachung auch Liechtensteiner Polizei und Hilfspolizei ein. Die neu organisierte Hilfspolizei bestand im August 1938 aus 20 Mann, die aus Anhängern der beiden Parteien der Koalitionsregierung ausgewählt worden waren. Sie wurde vor allem in der Gebirgsregion zu Vorarlberg eingesetzt. (Ospelt, 9, 25. Geiger, 443)

Da das wirtschaftlich arme und kleine Fürstentum Flüchtlingen keine Möglichkeit des Verbleibens bot, war es lediglich Transitgebiet. Die unangenehmen Auffangdienste besorgten daher meist die Schweizer Zoll- und Polizeiorgane am Rhein und im Raume Buchs.

Die illegalen Fluchtwege

Die Möglichkeiten einer Flucht in die Schweiz und nach Liechtenstein waren recht unterschiedlich. Am stärksten frequentiert waren das sogenannte Brugger Horn bei St. Margrethen und der Alte Rhein bei Diepoldsau in der Nähe von Hohenems. Dort war der Rhein sehr seicht. Der Bericht eines St. Galler Grenzpolizisten schildert die Situation im Sommer 1938: "Durch den alten Rhein seien sie gewatet, alle durchs gleiche Loch geschlüpft in Diepoldsau, etwas rechts vom Zollamt, dort im Gebüsch, wo diese Erlenstauden standen. Halbtrocken sei der Rhein dort gewesen. Zuerst seien praktisch nur Männer gekommen. Lauter Väter mit ihren Söhnen. Und sofort habe der Kurierdienst höllisch funktioniert bis nach Wien. Plötzlich habe jedes Jüdli haargenau gewußt, wo es durchmußte. Die hätten Skizzen und Fotos dabei gehabt, um den Weg zu finden. Sonst habe man ihnen ja alles abgenommen, ohne Hab und Gut seien sie über die Grenze, vollständig ausgebeutet. Aber die Skizzen und Fotos hätten sie sich von niemandem wegnehmen lassen." (Zit. nach Hörschelmann, 102)

Den Neuen Rhein zu durchschwimmen, wagten nur wenige, etliche kamen in den kalten und reißenden Fluten um ihr Leben. Wesentlich gefahrloser war der Grenzübertritt im Raume Feldkirch nach Liechtenstein. Hier verlief bis zum Frühjahr 1940 eine grüne Grenze ohne Stacheldraht über Felder, Wiesen und durch Wälder. Vor allem im Gebiet der Orte Mauren und Schellenberg gab es beliebte Schleichwege, über die Feldkircher und Liechtensteiner Fluchthelfer die jüdischen Flüchtlinge führten. Die Kontrolle durch die Liechtensteiner Polizei muß in den Sommermonaten 1938 sehr nachlässig oder gar nicht erfolgt sein. Nur so ist es zu erklären, daß das Privathaus der Liechtensteinerin Ida Fehr, direkt an der Grenze in Mauren, zur Raststation zahlreicher Juden wurde, bis schließlich die Polizei eingriff. Mit größeren Schwierigkeiten konnte man die Liechtensteiner Gebirgsgrenze überqueren, sofern man genügend Ortskenntnisse bzw. geeignete einheimische Helfer besaß. Dafür kamen die Übergänge im Rätikon über das Bettlerjoch, das Mattlajoch, durch das Saminatal und über den Sarojasattel auf dem Äpele bei Frastanz in Frage. (Geiger, 443)

Eine Sonderstellung besaß der gebirgige Vorarlberger Grenzbereich in Silvretta und Rätikon zum Kanton Graubünden. Besonders von Gargellen aus erreichten 1938 Flüchtlinge mit ortskundiger Führung über das Schlappiner- und St. Antönier Joch die Graubündner Orte Klosters und schließlich Davos. Ein anderer Fluchtweg führte von Bludenz durch das Brandnertal und entlang dem Lünensee zu den Grenzpasssen. Auf diesen Pfaden und Stegen erreichten bis zum August 1938 lediglich 173 Personen Graubünden. Dabei handelte es sich vor allem um sozialdemokratische, politische Flüchtlinge, die später über Zürich nach Frankreich weiterbefördert wurden. (Hörschelmann, 108f) Als Deutschland nach Kriegsausbruch diese Region zur Verbotzone erklärte und in den Seitentälern und selbst unmittelbar an den Grenzen ganzjährig besetzte Posten und Stationen errichtet wurden, war ein Überschreiten dieser Hochgebirgsgrenze nur noch in Ausnahmefällen möglich. Wer es dennoch schaffte, fiel in die Hände des Schweizer Militärs.

Abschiebungen durch die SS

Von März bis Mitte Mai 1938 waren die deutschen Grenzkontrollen in Vorarlberg relativ streng und richteten sich vor allem gegen Systemgegner, Devisenschmuggler und besitzende Juden. Ab Juni änderte sich das Vorgehen gegen Juden grundlegend. Man versuchte, sie mit allen Mitteln zur Auswanderung zu bewegen oder über die Schweizer Grenze abzuschieben, obwohl sie kein gültiges Schweizer Einreisevisum besaßen. Ein solches erhielt man nämlich nur in Ausnahmefällen. Als "Fluchthelfer" fungierte, nicht ohne Ironie, die SS. Es gibt eine Reihe von Augenzeugenberichten, die dies bestätigen: Der Wiener Emigrant Kurt Bettelheim schildert die Situation am 13. August 1938 in Hohenems: "Zu diesem Zeitpunkt verhielt sich die dortige SS noch relativ human, da die Massenvernichtung noch nicht auf ihrem Programm stand und sie somit zufrieden waren, die unliebsamen Bürger nach dem Ausland abzuschieben. Konkret sah das so aus, daß man uns schon bei der Ankunft am Bahnhof Hohenems sammelt und bis zum Einbruch der Nacht in einem Gasthaus sammelte. In der Dunkelheit brachte uns dann diese SS über einen kleinen Steg auf Schweizer Boden, wo wir auch sofort von der dortigen Grenzwaache eingesammelt wurden. Zu dieser Zeit war die Schweizer Grenze für Flüchtlinge noch offen ..." (Zit. nach Egger, 245f)

Nach Feldkirch wurden die Juden in eigenen Waggons aus Wien herangeführt. Man brachte sie zunächst ins Gefängnis, wo man ihnen die letzten Wertgegenstände bis auf 30 Mark abnahm. Dann wurden sie in

der Dunkelheit von der SS an die Grenze geführt und zum Übertritt aufgefordert. Die Gestapo stellte ihnen aber auch Pässe unter falschen Namen, Grenzpapiere und Ausflugscheine mit unwahren Angaben aus. (Ludwig, 82) Es kam damals nicht selten vor, daß Liechtensteiner und Schweizer Grenzorgane die Flüchtlinge zurückwiesen, die SS aber neuerlich ihren Grenzübertritt organisierte und sogar mit vorgehaltenem Revolver erzwang. (Keller, 67)

Die Schweiz reagierte auf diese massenhaften Abschiebungen: Die Regierung verordnete am 18. August die Sperrung der Grenze und die Zurückweisung von Flüchtlingen ohne Schweizer Visum. Sie protestierte in Berlin auch gegen die Fluchthilfe der SS, informierte die Israelitische Kultusgemeinde in Wien und die gesamte Wiener Presse, daß jeder illegale Grenzübertritt durch eine rigorose Rückschickung nach Deutschland (Vorarlberg) geahndet werde. Obwohl Berlin angeblich strikte Weisungen an die Vorarlberger Behörden gab, die Fluchthilfe zu unterlassen, zeigte dies vorerst nicht die gewünschte Wirkung. Immerhin schickten SS und Gestapo jüdische Flüchtlinge, die sie in Vorarlberg ohne Schweizer Visum aufgriffen, fallweise wieder in ihre "Heimat" zurück. (Ludwig, 90f. Keller, 106) Bevor dies geschah, mußte die Hohenemsener jüdische Kultusgemeinde den Flüchtlingen Unterkunft gewähren und ihnen das Fahrtgeld für die Rückreise nach Wien vorstrecken. (Dreier, 212)

Auch noch im Jahr 1939 sind uns Fälle behördlich tolerierter Grenzübertritte bekannt: Es handelte sich um vier aus Deutschland zugereiste Juden, welche die Liechtensteiner Grenze überschritten und von der dortigen Grenzpolizei aufgegriffen und nach Feldkirch überstellt wurden. Die Gestapostelle in Feldkirch gab dem Landratsamt den schlichten Auftrag, die überstellten Juden sollten das "Reichsgebiet unverzüglich verlassen". Jeder von ihnen verfügte über Barmittel von 5-7 Reichsmark. (Vorarlberger Landesarchiv, BH-Feldkirch (Landratsamt), Sch. 1232, 1939. A Pol. 549)

Private Vorarlberger Fluchthelfer und -schlepper

Mit der Schweizer Grenzsperrung und dem Rückgang der Abschiebungen durch die SS kam es zu vermehrtem privatem Menschenmuggel. Ein solcher hatte vor allem im Raum Götzis, Altach, Hohenems und Lustenau eine gewisse Tradition: Von hier aus wurden 1937 von einigen Vorarlberger Gastwirten sozialistische und kommunistische Spanienfreiwillige und Systemflüchtlinge über die Rheingrenze gebracht. (Egger, 240f) Auch 1938 betätigten sich Vorarlberger wieder an solchen Aktionen. Bekannt sind uns verständlicherweise nur wenige Namen, unter ihnen der Sticker Edmund Fleisch aus Altach und der Götzner Gastwirt der "Hohen Kugel", Tobias Feurstein. Fleisch schmuggelte meist im Auftrag der St. Galler Jüdin Recha Sternbuch und holte seine Klienten vielfach bereits in Ulm und Tirol ab. (Keller, 61-63) Strenge Strafen erhielten wegen Fluchthilfe in späteren Jahren Emhofer Ernst, Zöllner in Höchst, Neher Ferdinand, Zollamtsleiter in Koblach und der Lustenauer Landwirt Johann König. (Egger, 251)

Aus Feldkirch sind uns die Fluchthelfer Rudolf Rädler, ein Taxiunternehmer, der Tostner Bauer Michael Blenke und der Kellner im Gasthaus Ochsen, Paul Geier, bekannt. Letzterer büßte dann auch mit sieben Jahren KZ - Mauthausen. (Geiger, 442 f)

Ein Zeitzeuge verweist auf eine weitere Gruppe von Fluchthelfern, nämlich auf Schmuggler von Waren. Solche, die sich im Ständestaat wegen ihrer Tätigkeit in Haft befanden, wurden nach dem "Anschluß" in Freiheit gesetzt, da sie argumentierten, aus wirtschaftlicher Not dazu gezwungen worden zu sein. Zumindest für den Raum Frastanz läßt sich nachweisen, daß Schmuggler, die über beste Ortskenntnisse verfügten, Emigranten den Weg nach Liechtenstein wiesen. Daß dabei die einheimischen Hilfsgrenzangestellten der "Higa" mitspielten, läßt sich freilich nur im Fall des Hohenemsers Peter Batruel und des Frastanzers Rudolf Tiefenthaler nachweisen. (Hager, 125, Egger, 251. Welte, 116)

Es ist bekannt, daß Fluchthilfe auch aus finanziellen Motiven betrieben wurde. Das betrifft etwa Taxiunternehmen, arbeitslose junge Burschen und Waren-Schmuggler. Dieses "Geschäft" brachte aber nur in Einzelfällen höhere Einnahmen, da ab Juli 1938 die meisten Juden nur mit sehr bescheidenen Geldmitteln in Vorarlberg ankamen. Der Diepoldsauer Jakob Spirig, damals 19 Jahre alt, erhielt in der Regel 10-15 Mark. (Keller 63). Paul Geier aus Feldkirch scheint für die Vermittlung von Taxifahrten nach Zürich mehr erhalten zu haben, vermutlich bis zu 30,- Franken. (Geiger, 441)

Rügen und Verwarnungen in Liechtenstein

Auch aus Liechtenstein sind uns einige Fluchthelfer bekannt, die aus menschlicher Anteilnahme und auch gegen Entgelt Juden vor Verfolgung und Tod retteten. Im Mittelpunkt steht der Taxichauffeur Hubert Ritter aus Mauren, der sogar Fahrten von Wien bis Zürich unternahm. Er hatte bereits 1937 Spanienfreiwillige nach Basel geführt. Mit Ausnahme von Christoph Kaufmann, der 60 Jahre alt war, besaßen die übrigen Fluchthelfer meist jugendliches Alter: Rudolf Öhri aus Ruggell war 27 Jahre, der Ruggeller Theodor Heeb und Hubert Ritter waren 26, Gebhard Lorenz 28 und Oskar Gantner 25 Jahre alt.

Ihre Tätigkeiten blieben der Liechtensteiner Polizei nicht verborgen. Man erteilte ihnen jedoch nur "scharfe Rügen bzw. Verwarnungen". Was einen von Schweizer Seite erwartete, wenn man sich humanitär oder christlich verhielt, erlebte Oskar Gantner aus Planken. Über ihn verhängte die Berner Fremdenpolizei als "unerwünschter Ausländer" wegen "Emigrantenschlepperei" eine Einreisesperre in die Schweiz. Was war das "Verbrechen" Gantners? Am 23. August 1938 abends kamen über die Grenze von Frastanz nach Planken vier jüdische Flüchtlinge, drei etwa 30jährige Männer und eine 25jährige, schwangere Frau: "Sie trugen Rucksäcke, waren durchnäßt, froren und hungerten. Sie baten den jungen Bauern Oskar Gantner, in seinem Heuhüttchen übermachten zu dürfen, er brachte ihnen Milch und Brot und nahm sie mit nach Hause, wo sie die Nacht und den nächsten Tag über bleiben konnten. Auf den Abend bestellten sie das Taxi von Hans Weilenmann in Schaan, der sie abholte und nach Wattwil, auf Bitten weiter bis nach Zürich führte." Die Liechtensteiner Regierung hatte mit Gantner Nachsicht, denn "er habe nur aus Erbarmen" gehandelt. (Geiger, 441-443)

Die Existenz Liechtensteiner Fluchthelfer war freilich nicht nur der Landespolizei bekannt, die häufig ihre Augen verschloß und daher wohl auch die Zürcher Kantonspolizei zu Ermittlungen und Interventionen veranlaßte: Im August 1938 seien in der Ortschaft Schaanwald "wiederholt Überläufer (Juden und politisch Belastete) ohne jegliche Kontrolle" durchgekommen. Dies könne nur geschehen, weil "verschiedene Helfer am Werk" seien. (Keller, 70f)

Der humane Kanton Graubünden

Außenpolitik und Justiz- und Polizeiwesen waren zwar Angelegenheiten des Bundes, dennoch konnten auf kantonaler Ebene Entscheidungen getroffen werden, welche die harten Maßnahmen der Berner Regierung milderten. Ein gutes Beispiel dafür bot der multikulturelle Kanton Graubünden, in dem es zu kräftigen antinazistischen Erscheinungen kam. Mutig war die Haltung des damaligen Graubündner Regierungspräsidenten Luigi Albrecht und der ihm unterstellten Fremdenpolizei mit ihrem Hauptmann Anton Bühler. Albrecht hatte sich nämlich nach eigenen Aussagen bemüht, "die bestehenden Vorschriften (Anm. Bundi) sowie möglich mit dem menschlichen Mitgefühl in Einklang zu bringen". Rund 300 Flüchtlinge hätten in Graubünden Zuflucht gefunden. Viele von ihnen waren über Vorarlberg dorthin gelangt. (Hörschelmann, 109) Da nicht alle Flüchtlinge wieder ausreisen konnten, setzte sich Albrecht sogar für ihre "Zwangseinbürgerung" ein. Mutig und bestimmt meinte er, "einstweilen werde die Schweiz und auch der Kanton sich eine Ehre daraus machen, das humanitäre Werk fortzusetzen". (Zit. nach Bundi, 44 f)

Paul Grüniger und die organisierte Fluchthilfe im Kanton St. Gallen

In der Ostschweizer Bevölkerung herrschte gegenüber den Flüchtlingen ein unterschiedliches Verhalten. Es gab eine nicht geringe Gruppe überzeugter oder latenter Antisemiten. Außerdem häuften sich im Frühjahr und Sommer 1938 zahlreiche Einbruchdiebstähle, die von illegal aus Vorarlberg eingereisten Österreichern, Tschechen und Jugoslawen verübt wurden, meist aus purer Not. Die Bevölkerung zeigte dafür im allgemeinen Verständnis.

Klar und eindeutig war dagegen die Einstellung der Schweizer Regierung und des Parlamentes, die sich sogleich im März 1938 gegen den Zuzug von Juden aus Österreich aussprachen. Dadurch ergaben sich zwischen der anfänglich verständnisvollen Haltung der St. Galler Polizeibehörden und den Zentralstellen in Bern, allen voran das Justiz- und Polizeidepartement, wesentlich unterschiedliche Verhaltensweisen den Flüchtlingen gegenüber. (Küng, 126) Obwohl sich seit August der behördliche Druck verschärfte, gab es im Kanton St. Gallen eine Reihe namentlich bekannter Personen, Kreise und Dienststellen, die sich aus menschlichen und teils auch kommerziellen Motiven dem "Berner Druck" widersetzen. In diesem Zusammenhang mögen einige Personen genannt werden, da sie es waren, die mit ihrer Zivilcourage und

antibürokratischen Haltung Menschenleben vor Verfolgung und Tod schützten.

Da erfahren wir von Jakob Spirig aus Diepoldsau, der als "selbständiger" Schlepper arbeitete und nach eigenen Angaben 100 bis 150 Juden aus Hohenems, wo die Flüchtlinge im Gasthaus "Hoher Freschen" am Bahnhof zusammenkamen, in die Schweiz schleuste. Ebenfalls aus Diepoldsau stammte der Gemüsehändler Willi Hutter. Er arbeitete mit dem Vorarlberger Edmund Fleisch und der jüdischen Familie Sternbuch in St. Gallen zusammen. Mit seinem Kleinlaster brachte er die Flüchtlinge von Diepoldsau direkt nach St. Gallen. (Keller, 63f)

Lebensrettend war auch das Verhalten von Personen aus dem kantonalen St. Galler Grenzschutzapparat. Über ihre freilich ungesetzliche Tätigkeit erfuhr man erst im Zusammenhang mit den Untersuchungen gegen den St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüninger. Dieser hatte nicht nur die illegale Einreise von Emigranten toleriert, sondern er unterstützte und organisierte sogar Grenzübertritte gefährdeter Juden. Er war dabei auf vertrauenswürdige Mitarbeiter angewiesen. Dazu gehörten die Landjäger (Kantonspolizisten) Christian Dutler, der in St. Margrethen und Karl Zweifel, der in Buchs seinen Dienst tat. Beide gehörten sie der sozialdemokratischen Partei an. Dutler ließ Flüchtlinge bei der Grenzkontrolle in Feldkirch oder auf der Fahrt von dort nach Buchs einreisen, obwohl sie keine gültigen Ausweispapiere besaßen. Außerdem stellte er selbst oder durch Mittelspersonen gefälschte Passierscheine aus. Beide standen mit einer einflußreichen Person in Verbindung, die sich vor allem um sozialistische österreichische Flüchtlinge kümmerte und deren Flucht organisierte. Es war dies der Rechtsanwalt und Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Dr. Werner Stocker. Er war vorerst von Davos aus tätig, wohin politische Flüchtlinge über das Vorarlberger Hochgebirge gekommen waren. Auch er stand mit Grüninger in Verbindung. Niklaus Wagner aus St. Gallen, der seine Anweisungen von Karl Zürcher, dem Leiter der sozialistischen Jugend in St. Gallen, erhielt, vermittelte und übergab Flüchtlingen an bestimmten Stellen in Bregenz, Hohenems, Feldkirch und Frastanz, manchmal sogar in Innsbruck, Passierscheine, Tagesscheine für den kleinen Grenzverkehr und Informationen für die Flucht. Auch der bis 1939 in Diepoldsau eingesetzte Grenzwächter Alfons Eigenmann und der Buchser Polizeiwachtmeister Ferdinand Gabathuler unterstützten die Flucht jüdischer Emigranten. (Egger, 249. Keller, 23-31)

In Bregenz verhalf der stellvertretende Leiter der Schweizer Konsular-Agentur, Ernest Prodoliet, entgegen den Weisungen aus Bern, mit Durchreisevisen und gezielten Informationen Juden zur Flucht. Emigrant Karl Schiffer erinnert an ihn. Prodoliet: "In 20 Minuten fährt der Zug hier (Bregenz) ab in Richtung Paris. Sie gehen erst durch diese Hintertüre hinaus in das deutsche Zollbüro hier gleich gegenüber, wenn ich es Ihnen sage. Dort wird Ihnen nichts passieren, es kontrollieren noch alte, österreichische Zollbeamte. Wenn sie durch die Kontrolle sind, steigen sie in den Waggon. (Zit. nach Hörschelmann, 105. Keller, 77-82)

Trotz der Schweizer Grenzsperrung vom 19. August 1938 wurden, wie dargestellt, illegale Grenzübertritte von der St. Galler Polizei toleriert. Mit Einverständnis von Polizeihauptmann Grüninger gab es "folgende Praxis", die freilich gesetzwidrig war: Der Aufenthalt wurde solchen Flüchtlingen gewährt, deren Weiterreise anzunehmen war, die bereits Angehörige in der Schweiz hatten oder bei denen feststand, daß die Flüchtlingshilfe für sie aufkam, "und deshalb für den Staat keine Last entstehe". Die Schweizer Regierung weigerte sich nämlich, den Flüchtlingen staatliche Hilfe zukommen zu lassen. (Keller, 72)

Im Jahr 1938 gab es somit im Kanton St. Gallen nicht nur ein gut organisiertes Netz von Fluchthelfern, an dessen Spitze Hauptmann Grüninger und sozialdemokratische Parteigenossen standen. Auch etliche Beamte zeigten ein lebensrettendes, unbürokratisches Verhalten. Als Rothmund jedoch auf "Unregelmäßigkeiten" aufmerksam wurde, kam es zu Untersuchungen gegen Grüninger, wobei ihn seine Vertrauten schwer belasteten. Im Mai 1939 wurde Grüninger fristlos und ohne Gehalt entlassen. Er wurde von seinen "Freunden" fallengelassen, lebte in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, über ihn wurden Lügen und falsche Gerüchte verbreitet. Während ihn 1970 die St. Galler Regierung für sein menschliches Verhalten ehrte, verweigerte der St. Galler Regierungsrat bis 1993 seine Rehabilitierung. Paul Grüninger war 1972 im Alter von achtzig Jahren gestorben. (Keller, 161-227, Hörschelmann, 114-128)

Die Schweiz für den Judenstempel "J"

Da die Schweizer Bundesregierung und ihre Behörden die Flüchtlingswelle nur langsam einzudämmen vermochten, schritten sie zu weiteren Maßnahmen, die zu den dunkelsten Kapiteln einer inhumanen Flüchtlingspolitik gehörten: Als im Laufe des Jahres 1938 österreichische durch deutsche Pässe ersetzt

wurden, war es einem österreichischen Flüchtling möglich, ohne Visum in die Schweiz einzureisen, sofern er einen deutschen Paß erhielt. Die Regierung und ihr bewährter und fremdenfeindlicher Hauptverhandler Rothmund strebten daher die Einführung des Visums für alle Deutschen an. Die Reichsregierung in Berlin lehnte jedoch ab: Einmal wollte man die mittellosen Juden ausreisen lassen, andererseits fürchtete man den Visumzwang durch andere europäische Staaten. Wenn aber Berlin ablehnte, mußten andere Wege gefunden werden. Schweizer Verhandler schlugen daher im August die Kennzeichnung nichtarischer deutscher Pässe vor. Die deutsche Regierung lehnte vorerst ab, kam dann aber doch der Schweiz entgegen. Obwohl sogar Rothmund befürchtete, man riskiere, daß man die zivilisierte Welt gegen die Schweiz aufbringe, vereinbarten am 4. Oktober 1938 die beiden Staaten die Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden mit dem "J"- Stempel. Damit waren sie gegenüber dem Ausland als die Verfeimten, Ausgestoßenen und Rechtlosen gebrandmarkt. Die angeblich demokratische und fremdenfreundliche Schweiz hatte damit einen nicht unwesentlichen Pakt und eine klare Komplizenschaft mit dem nazistischen Unrechts- und Gewaltstaat geschlossen. (Rings, 321-325. Häsler 41-61) Die Schweiz wies insgesamt mehr als 9000 flüchtende Juden an ihren Grenzen ab und trieb damit die meisten in den sicheren Tod im Konzentrationslager (Bundi, 41)

Aufgriffe und Festnahmen zwischen 1939 und 1944

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 erfolgten in Vorarlberg verstärkte Grenzkontrollen zur Schweiz und zu Liechtenstein. Sie betrafen Bürger der alliierten Feindstaaten, die der Internierung in Deutschland zu entgehen versuchten. Ab 1941 erhofften sich zahlreiche Kriegsgefangene und Fremdarbeiter in der Schweiz ihr Heil. Ihre Chancen, das neutrale Ausland zu erreichen, dürften wegen der strengen Maßnahmen auf beiden Seiten der Grenze jedoch sehr gering gewesen sein. Bis zum September 1943 nahm der Zollgrenzschutz allein im Hauptzollamtsbezirk Dornbirn 623 flüchtende Kriegsgefangene fest, ihre Zahl erhöhte sich bis August 1944 auf 721 Personen. Ein großer Anteil der Flüchtlinge bestand aus Franzosen, die teils versuchten, in "ordnungsmässig plombierten, gedeckten Eisenbahngüterwagen" zu entkommen und in Lustenau aufgegriffen wurden. Andere französische Flüchtlinge "stammten" aus Vorarlberg selbst, sie waren als Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz, vor allem in der Rüstungsproduktion. (Hauptzollamtsbezirk Dornbirn, 16, 22, 24, 26, 36, 39. Walser, 242) Der statistische Überblick über "Aufgriffe und Festnahmen" im Hauptzollamtsbezirk Dornbirn durch den Zollgrenzschutz zeigt, daß dieser sehr erfolgreich tätig war, wobei ihm auch die eifrige Bevölkerung zu Hilfe kam:

	1940	1941	1942	1943
Mangelhafte Papiere	186	144	322	202
Verbotene Schriften	6	7	1	2
Gesuchte und verdächtige Personen	147	435	540	318
Polizeiliche Aufgriffe	53	12	15	5
Festnahmen insgesamt	143	438	560	322

Wieviel Personen und Kriegsgefangene insgesamt während des Krieges an den Grenzen festgenommen wurden, wissen wir nicht, da entsprechende Zahlen über den Hauptzollamtsbezirk Feldkirch, der den gesamten Süden Vorarlbergs umfaßte, fehlen. Ihre Anzahl muß auch dort recht beachtlich gewesen sein. Allein vom 1. Juli bis 31. Oktober 1942 wurden in diesem Bezirk 252 entwichene Kriegsgefangene und gesuchte bzw. verdächtige Personen aufgegriffen. (Hauptzollamtsbezirk Feldkirch, Bd. 3, 118) Die große Anzahl von Fluchtversuchen von Kriegsgefangenen erklärt sich auch aus ihrer Anwesenheit in Vorarlberg. Man schätzt ihre Zahl während des Krieges auf drei bis viertausend Personen. (Walser, 264) Vereinzelt flüchteten aber auch Personen aus der Schweiz über Vorarlberg ins Deutsche Reich! Bei den bekannten Fällen handelt es sich ausnahmslos um Schweizer Staatsbürger, die 1942 und 1943 in voller militärischer Ausrüstung über die grüne Grenze oder über den Bodensee ankamen und in der deutschen Armee dienen wollten. (Hauptzollamtsbezirk Dornbirn, 14, 15, 21)

Transitflüchtlinge aus Mittel-Osteuropa

Nach der teilweisen Besetzung der Tschechoslowakei im Jahr 1938 und deren Umwandlung in das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren und dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 erfolgte auch aus diesen Ländern eine Flüchtlingswelle. Viele von ihnen versuchten über Vorarlberg in die Schweiz und von dort nach Frankreich zu gelangen. Obwohl die Slowakei von Hitlers Gnaden eine gewisse Autonomie erhalten hatte, wurden auf die dortige jüdische Bevölkerung Druck und Terror ausgeübt. Auch dies machte sich in Vorarlberg bemerkbar.

Im September 1942 berichtete das Oberlandesgericht in Innsbruck an das Reichsministerium in Berlin, eine nicht geringe Zahl von Tschechen und Polen versuche schon seit einiger Zeit über Vorarlbergs Grenzen in die Schweiz zu gelangen. Sofern sie nicht schon in Vorarlberg aufgegriffen wurden, fielen sie den Schweizer Grenzwachern in die Hände und wurden nach Feldkirch zurückgestellt. Hier kamen sie ins Gefängnis, wurden verurteilt und erhielten in vielen Fällen, wenn die Angelegenheit gut ausging, Straflager. Die in Feldkirch inhaftierten Juden wurden der Gestapo übergeben und in Konzentrationslager eingeliefert.

Der in Feldkircher Haft sitzende Tscheche Karel Matejak stellte jedenfalls den Gefängniswärtern kein allzu schlechtes Zeugnis aus: "Die Aufseher im Gefängnis waren fast alle Österreicher und ich kann mich nicht beklagen. Die Leute wurden fast nicht geschlagen." (Zit. nach Egger, 253)

Die Flucht aufgegriffener Polen endete meist mit dem Tod: Da man ihnen, ohne es freilich nachweisen zu können, den angestrebten Beitritt zur polnischen Exil-Armee unterstellte, bedeutete dies Landesverrat und Feindbegünstigung. Vom fanatischen Oberstaatsanwalt beim Landgericht Feldkirch, Dr. Möller, verurteilt, wurden sie dem Volksgerichtshof in Berlin übergeben und zum Tode verurteilt. (Egger, 253-255) Eine Erscheinung, deren Hintergründe bisher noch nicht geklärt sind, waren die wiederholten

Fluchtversuche slowakischer Juden, meist in plombierten Kohlenwaggons in den Monaten Jänner bis März 1943. Es kann angenommen werden, daß dahinter eine "Organisation" stand. (Burmeister, 179 f)

Ein gut dokumentierter, tragischer Fall ereignete sich am 7. Jänner 1943 am Bahnhof in Feldkirch. Aus der Slowakei war ein plombierter Kohlentransport in die Schweiz eingetroffen. Die Kontrolle ging wie immer "flott, aber mit größter Genauigkeit vor sich". Unter den Kohlenbergen entdeckte man schließlich 14 junge Juden aus der Slowakei, darunter auch ein Mädchen. Nur bei vorgehaltener Pistole waren sie bereit, ihre gut ausgestatteten Verstecke zu verlassen. "Das Mädchel fragt mit erhobenen Händen voller Angst, was geschieht mit uns? Auf die Frage, warum er geflüchtet sei, erklärt ein Jude: Weil ich wollte Leben retten ... nach anfänglicher großer Niedergeschlagenheit ergaben sich die Juden schließlich in ihr Geschick." (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.3, 129, 168 f) Die Slowaken wurden nach Wien überstellt, wo ein Verfahren eingeleitet wurde. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt. (Burmeister, 178-180)

Erst im Juli 1944 anerkannte die Schweiz die Juden als politische Flüchtlinge. Eine Folge davon war ihre Aufnahme in der Schweiz: Vom August 1944 bis zum Kriegsende gelangten mehrere Transitzüge mit aus Konzentrationslagern entlassenen Juden über Vorarlberg nach St. Margrethen, von wo aus sie im Kanton St. Gallen Aufnahme fanden. (Dreier, 214)

Auch in Vorarlberg ließen sich jüdische Flüchtlinge aus Mittelosteuropa nieder, jedoch erst nach der Befreiung des Landes durch die Franzosen im Mai 1945. Sie hatten den Krieg in Konzentrationslagern überlebt, waren aus ihrer Heimat ausgesiedelt oder vertrieben worden und hatten keine Familien mehr. Sie wurden in Bregenz und vor allem in Hohenems untergebracht, wo sie bis 1952 eine jüdische Gemeinde bildeten. Ihre Anzahl betrug nicht mehr als 700 Personen. (Weltsch, 114-135. Albrich, 250-286)

Tod an der Grenze

Die an der Vorarlberger Grenze aufgegriffenen, nichteinheimischen Personen wurden in den allermeisten Fällen in Gefängnisse und Konzentrationslager eingeliefert, Hunderte fanden dort den Tod. Der Tod ereilte aber auch etliche Personen, als sie den Rhein zu durchschwimmen versuchten. Es waren Kriegsflüchtlinge, aber auch der 52 Jahre alte Götzner Feuerstein, der sich einer Verfolgung entziehen wollte. Flüchtende wurden auch von Grenzwachern (Higa) erschossen. Einige dieser Fälle sind bekannt: (Hauptzollamt Dornbirn, 7, 11, 15, 16, 23, 29, 38)

Mai 1940: Hohenems/Reute: fahnenflüchtiger Deutscher Fliegerfeldwebel

Juni 1941: Tisis/Feldkirch, französischer Flüchtling

August 1942: bei Bregenz, polnischer Flüchtling

September 1942: bei Hohenems, Gewaltverbrecher Heine (Ausbruch aus dem Feldkircher Landesgericht)

Oktober 1943: fahnenflüchtiger deutscher Soldat erschießt Grenzwachter Heinrich Engel aus Hohenems

An der Grenze gab es auch Selbstmorde. Einer jener tragischen Fälle ereignete sich am 12. Dezember 1940 im Bereich Feldkirch-Tosters: Ein fahnenflüchtiger deutscher Soldat versuchte in Begleitung einer Jüdin, die von ihm im ersten Monat schwanger war, über Liechtenstein in die Schweiz zu gelangen. Die beiden wurden jedoch in Feldkirch-Tosters festgenommen. Der Soldat verübte daraufhin in der Grenzaufsichtsstelle "Antoniushaus" am Blasenberg in Tisis Selbstmord. Zuvor hatte er zwei Schüsse auf seine Geliebte abgegeben und diese schwer verletzt. Grund der Flucht war die Angst vor Bestrafung wegen seiner Liebesbeziehung zu seiner jüdischen Begleiterin. Die Frau wurde schließlich in das Gefängnis des Landesgerichtes eingeliefert und kam im November 1942 in der Umgebung des KZ-Auschwitz ums Leben. (Hauptzollamt Feldkirch, Bd.3, 52, Burmeister, 176 -178)

Feindliche Flugzeuge verletzen den Luftraum

Im September 1940 gab es zum ersten Mal in verschiedenen Orten Vorarlbergs Fliegeralarm. In der Schweiz und in Lustenau wurden insgesamt fünf Bomben abgeworfen, die jedoch nur geringen Sachschaden verursachten. In den folgenden Jahren wurden verschiedentlich sogenannte Stör- bzw. Sabotageballone gesichtet und auch abgeschossen. Sie enthielten Zündapparate und Brandkörper. Der erste massive Bombenangriff erfolgte am 1. Oktober 1943 auf Feldkirch. Am 16. März 1944 sprangen im Zollbezirk Dornbirn 15 amerikanische Fallschirmjäger ab. Sie wurden durch den Zollgrenzschutz und Zivilpersonen festgenommen und der Wehrmacht übergeben. Ein US-Soldat hatte den Tod gefunden. Zwei Tage später wurde ein US-Bomber mit einem deutschen Jäger in einen Luftkampf verwickelt und mußte im Fußacher Ried notlanden. Am 9. Juni fand am Segelflugplatz in Gaissau die Notlandung eines viermotorigen amerikanischen Bombenflugzeuges wegen Motorschaden statt. Abgeschossene Leuchtkugeln hatten die Besatzung zur Notlandung in Vorarlberg statt in der Schweiz verleitet. Die zehnköpfige Besatzung wurde vom Zollgrenzschutz festgenommen. Nur ein Tag später kam es am selben Flugplatz zur Notlandung einer US- Liberator- Kampfmaschine. Diese war durch die "Auslegung von Landezeichen dazu überlistet" worden. Insgesamt wurden bis Ende 1940 30 Soldaten der US- Luftwaffe festgenommen. (Hauptzollamt Dornbirn, 8, 24-26, 29, 36, 39, 40)

Kein Name für Österreich

Über Vorarlberg kamen nicht wenige österreichische, politische Emigranten in die Schweiz. Anton Linder, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei in Vorarlberg, war schon 1934 vor dem Ständestaat geflüchtet und von den Schweizern schließlich als politischer Flüchtling anerkannt worden. Da den österreichischen Emigranten jede Arbeit und politische Tätigkeit strengstens untersagt war, blieben sie in der Schweiz bis kurz vor Kriegsende politisch bedeutungslos.

Warum die "Österreicher" einer so strengen Kontrolle unterlagen, dafür gab es mehrere Gründe: Die Schweiz hatte den "Anschluß" Österreichs als völkerrechtlich gerechtfertigt und unumstößlich angesehen. Jedes etwaige Engagement für Österreich wurde daher als Neutralitätsverletzung angesehen. Dies betraf sogar solche Details wie etwa die Verwendung des Namens Österreich, geschweige denn eine politische Auseinandersetzung mit den dortigen Verhältnissen. Jene ehemaligen Österreicher, die dies als Emigranten gewagt hätten, hätten sich in Deutschland des Hochverrates schuldig gemacht. Der Aufenthalt von Hochverrätern wäre wiederum mit dem Schweizer Asylrecht und seiner Neutralität nicht zu vereinbaren gewesen. Erst im Jahre 1944 (!), als freilich die Schweiz die Niederlage Hitlers voraussehen konnte, wurde von der Schweizer Regierung erstmals die Bezeichnung Österreich für ein Hilfskomitee zugelassen. (Goldner, 46, 52, 139) Auch im Kanton St. Gallen zwischen 1938 und 1945 von Österreich und Vorarlberg kaum mehr gesprochen. Erst seit Feber 1945 wagten es St. Galler Zeitungen wieder, zaghaft den Namen Vorarlberg zu nennen. (Küng, 1989, 13)

Quellennachweis:

Albrich, Thomas: Zur Kontinuität eines Vorurteils. Die ostjüdischen Flüchtlinge in Vorarlberg nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4. Bregenz 1988. S. 250-286

Berger, Hansruedi: Grenzbesetzung in Graubünden 1939-1945. Chur 1989

Bundi, Martin: Bedrohung, Anpassung und Widerstand. Die Grenzregion Graubünden 1933-1946. Chur 1996

Burmeister, Karl Heinz: Geschichte der Juden in Stadt und Herrschaft Feldkirch. Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 31. Feldkirch 1993

Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft". Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4. Bregenz 1988. S. 132-249

Egger, Gernot: Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933- 1945. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5. Dornbirn 1985. S. 234-257

Geiger, Peter: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928-1939. Bd. 2. Zürich 1997

Goldner, Franz: Flucht in die Schweiz. Die neutrale Schweiz und die österreichische Emigration 1938-1945. Wien 1983

Götsch, Alois: Die Vorarlberger Heimwehr. Schriftenreihe der Rheticus- Gesellschaft 30. Feldkirch 1993

Hager, Arthur: Aus dem Finanz- und Zollwesen seit dem Jahre 1808. In: Jahrbuch Vorarlberger Landesmuseums-Verein, 1980/81. Bregenz 1981. S.124- 128

Häsler, Alfred: Das Boot ist voll ... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933- 1945. Zürich 1981

Hauptzollamt Feldkirch, Chronik, Bd. 2 und 3 Hauptzollamt Dornbirn, Chronik

Hörschelmann, Claudia: Exilland Schweiz. Lebensbedingungen und Schicksale österreichischer Flüchtlinge 1938-1945. Innsbruck 1997

Horvat, Traude und Neyer, Gerda (Hg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Wien 1996

Keller, Stefan: Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe. Zürich 1993

Köfler, Gretl: Die Verfolgung der Juden. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934- 1945. Bd.1. Wien 1984. S.444- 446

Küng, Heribert: Rheingrenze 1945. St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg am Ende des Zweiten Weltkrieges. Buchs 1989

Küng, Heribert: Der Kanton St. Gallen und seine ausländischen Nachbarn 1918-1939. Unveröffentlichtes Manuskript. St.Gallen-Braz 1998

Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1966

Moser, Jonny: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos Emmerich uam. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988

Ospelt, Alois: Liechtenstein 1938-1978. Bilder und Dokumente. Vaduz 1978

Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938. In: Pichler, Meinrad und Walser, Harald (Hg.): Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS- Zeit. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 2. Bregenz 1988

Rings, Werner: Schweiz im Krieg. 1933-1945. Zürich 1990

Segger, Otto: Fünfzig Jahre Zollvertrag Schweiz - Liechtenstein. aus Bd. 73 des Jahrbuches des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein. Vaduz 1973

Schmidl, Erwin: März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien 1987

Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981

Vorarlberger Landesarchiv: BH- Feldkirch. Landratsakten. Sch. 1232

Vorarlberger Oberland.

Gemeindeblatt Rankweil, Feldkircher Anzeiger, Gemeindeblatt Frastanz: Jahrgang 1938 Vorarlberger Tagblatt: Jahrgang 1938

Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6. Bregenz 1989

Wanner, Gerhard: Kriegsschauplatz Bodensee 1799/1800 und 1809. Militärgeschichtliche Schriftenreihe, Heft 59. Wien 1987

Welte, Thomas: 19. und 20. Jahrhundert. Frastanz. Frastanz 1997

Weltsch, Erik: Wer waren die jüdischen Displaced Persons (Dps) in Vorarlberg in den Jahren 1945 bis 1952 ? In: Montfort 1993, H. 2, S. 114 –135

Aus: Rheticus Vierteljahresschrift der Rheticus-Gesellschaft 1998, Heft 3/4, S. 227 - 271